



Nr. 362. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünftigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkler.

Dienstag, den 6. August 1878.

Deutschland.

Berlin, 5. Aug. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Director der Forst-Akademie zu Münden, Geheimen Regierungsrath Dr. Heyer und dem Professor an der Forst-Akademie zu Cöthenwald Dr. Hartig die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst ertheilt, sowie den Privatdozenten an der biesigen Universität Dr. Breßfeld zum Professor an der Forst-Akademie zu Cöthenwald ernannt.

Der biesige Botschaftskanzler Sergeois ist unter Ernennung zum Geheimen Secretär im Chiffrebüro des auswärtigen Amtes angestellt und der leitende Bureaudirektor H. v. zum Botschaftskanzler bei der Kaiserlichen Botschaft in London ernannt worden.

Den Lehrern Dr. Harms und Dr. August Lustig an der Thierarzneischule zu Hannover ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden. (R. A.)

— Berlin, 5. Aug. [Zum Sozialisten-Gesetz.] In der Sozialisten-Vorlage, deren Vorlegung an den Bundesrat durch die vorgängigen vertraulichen Beratungen mit der Regierung etwas verzögert worden ist, sind die Vereine, um deren Verbot es sich handelt, dahin bezeichnet: „Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen.“

— Berlin, 5. Aug. [Das Kur-Programm des Kaisers. — Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und dem Vatikan. — Verbot von Lesebüchern für höhere Töchterschulen. — Berathung der Finanzminister in Heidelberg.] Privatnachrichten aus der Umgebung Sr. Majestät des Kaisers bekunden, daß der Gebrauch des Teplitzer Bades eine ganz außerordentlich günstige Wirkung auf den Monarchen habe, so daß die Möglichkeit einer Verlängerung des Aufenthalts lebhaft venitiliert wird. Es ist möglich, daß der Kaiser bis zu seiner projectirten Reise nach Kassel zur Theilnahme an den Manövern des 11. Armee-Corps in Teplitz verbleibt, während andererseits davon gesprochen wird, daß vielleicht doch noch die Reise nach Gastein unternommen wird. Den Spätsommer und den Herbst will der Kaiser in Süddeutschland verleben. Das Geburtstest Ihrer Majestät der Kaiserin wird, wie alljährlich in Baden-Baden am 30. Septbr. gefeiert und den Kaiser und seine ganze Familie dort vereinigen. In Folge der dringenden Vorstellungen der Aerzte gegen eine Unterbrechung der begonnenen Curen hat der Kaiser beschlossen, nicht zu den Hochzeitsfeierlichkeiten nach Potsdam zurückzukehren. — Bezuglich der Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Romischen Curie scheint man in Regierungskreisen den Wunsch zu hegen, die Wirkung, welche die bisher verbreiteten Nachrichten bereits hervorgebracht haben, möglichst abzuwählen. Man betont immer wieder, daß es sich nicht um Aufhebung der Maigesetze und dergleichen handle, was eigentlich niemals behauptet worden war. Man läßt ferner verbreiten, daß die Verhandlungen seit dem April d. J. geführt werden und daß dabei in erster Stelle — der Cultusminister Falt betheiligt sei. Es soll sich nur um eine Verständigung über den Erfaß für die besetzten Bischöfe handeln. Wie weit die Unterhandlungen gediehen sind, ist des Nächsten nicht bekannt, nur weiß man, daß sie eine Verzögerung dadurch erfahren haben, daß der päpstliche Nuntius Masella über einzelne Punkte Informationen vom Papste einholen mußte. Nebrigens hatte sich bei den ganzen Verhandlungen und namentlich bei ihrer ersten Anregung der Cardinal Fürst Hohenlohe besonders lebhaft betheiligt. Richtig ist's, daß die früheren Verhandlungen wegen Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und dem Vatikan wieder aufgenommen sind. Die deutsche Regierung hält nach wie vor die Person des Cardinal Hohenlohe als ihren Vertreter bei dem Papst im Auge, während es heißt, daß zum päpstlichen Nuntius in Berlin der jetzt in Kissingen beständige Masella ausersehen sei. — Das Verbot einer Anzahl von Lesebüchern für höhere Töchterschulen zur Verhütung von Verleugnungen der Angehörigen verschiedener Konfessionen macht hier viel böses Blut. Die Angelegenheit wird Gegenstand einer Interpellation im Abgeordnetenhaus bilden. Durchaus unrecht wird der Vorgang mit den Kissingen Verhandlungen in Zusammenhang gebracht, während er damit nicht das Mindeste zu thun hat. — Nicht ohne Spannung sieht man den Berathungen der Finanzminister in Heidelberg entgegen. Was an dieser Stelle über die Veranlassung dazu mitgetheilt worden, gewinnt die volle Bestätigung. Die jüngsten Publicationen über den Reichshaushaltsetat geben dafür weiteren Anhalt. Die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches bildet den Gegenstand der Verhandlungen. Die anderweite Besteuerung von Petroleum, Kaffee, Zucker und Tee ist in Aussicht genommen; gleichwohl wird man gut thun, die dauernd betonte Abwendung der Annahme, daß auch das Tabakmonopol den Gegenstand der Berathung bilden solle, für tendenziös zu erachten. Das Monopol ist trotz der Verhandlungen der Enquête-Commission, wie uns von sehr gut orientirter Seite mit vollster Bestimmtheit versichert wird, dauernd in erster Stelle als Hauptmittel im Auge behalten, um den vorhandenen finanziellen Schwierigkeiten wirksam zu begegnen. Vielleicht glaubt man bei der Zusammensetzung des neuen Reichstages mit größerem Erfolge operieren zu können als bisher.

Berlin, 5. Aug. [Nobiling.] Die „Berl. Mont. 3.“ schreibt: Nachdem der Meuchelmörder Nobiling so weit hergestellt war, daß er des Lazarett-Gehülfen der lgl. Charité nicht mehr bedurft, übernahmen die Wärter resp. Krankenpfleger der Lazarethstation der lgl. Stadtvoigtei die Abnahme resp. Anlegung der nötigen Kopfverbinden. Der noch nicht definitiv angestellte Gefangenwärter Koch, ein höchst penibler, gewissenhafter und pflichtgetreuer Beamter, hatte am Freitag Abend, etwa gegen 9½ Uhr, dem Nobiling den üblichen Nachtverband anzulegen. Bei dieser Gelegenheit wußte Nobiling, als jener sein Verbandszeug zusammenpackte, sich unbemerkt einer kleinen Verbands scheere desselben zu bemächtigen, die er mit „affenartiger Geschwindigkeit“ dem Sanitäts-Beamten stahl und unter seiner Bettdecke versteckte. Koch hatte kaum die Zelle des Verbrechers verlassen, als er, wie von einer bösen Ahnung erfaßt, noch einmal sein Verbandszeug nachsah und sofort den Verlust der Scheere bemerkte. Schnell schloß er die Zelle wieder auf und sandt dort zu seinem Schrecken, daß Nobiling mit dem Instrument bereits den Versuch gemacht habe, sich die Pulsader zu öffnen. Das Blut trüpfelte bereits hervor, doch der Beamte that sofort alles Mögliche jede Gefahr zu befestigen. Nobiling hatte sich bei dessen Eintritt so gestellt, als sei nichts vorgefallen und hatte Hände und Scheere unter der Bettdecke versteckt. Der Beamte verhinderte jedoch, wie gesagt, glücklicherweise die That des Verbrechers noch rechtzeitig. — Nobiling

meinte, als er sich entdeckt sah: „Wäre Koch ihm nicht wie ein Spürhund auf den Fingern gewesen, er hätte längst Hand an sich selbst gelegt!“ — Noblings Verwundung am Puls ist eine leichte und es werden die nunmehr angelegten Handschellen ihn von weiteren Selbstmordversuchen wohl abhalten. — Jedenfalls beweist diese That, daß Nobiling seinen Verstand zurückgelangt oder schon erlangt hat.

[Prüfungen für den Justizdienst.] Der Umfang der Geschäfte der Justiz-Prüfungs-Commission hat im Jahre 1877 gegen die Vorjahre wiederum zugenommen, indem die Zahl der neuen Aufträge 403 betrug, während im Jahre 1876 396, im Jahre 1875 269, im Jahre 1874 272 Aufträge ertheilt wurden. Aus den Jahren 1874 bis 1876 war ein Bestand von 176 Candidaten geblieben. Die Gesamtzahl derselben belief sich daher im Jahre 1877 auf 579, von diesen hatten 31 die Prüfung zu wiederholen und 548 dieselbe zum ersten Male abzulegen. Vor Abnahme der Prüfung ist ein Candidat gestorben, einer ist entlassen und drei sind vorweg zurückgewiesen; nach Abzug dieser fünf sind mithin verblieben 574 gegen 480 im Vorjahr. Die Prüfung haben mit Erfolg bestanden: mit dem Prädikat „Gut“ 19, mit dem Prädikat „Ausreichend“ 302, zusammen 321; nicht bestanden haben 36, sind 357. Es sind mithin als Bestand geblieben 217. In der Zahl der Referendare hat sich eine erhebliche Vermehrung ergeben; es waren nämlich im Juli 1877 überhaupt 2709 Referendare vorhanden, wogegen die Zahl derselben im Juli 1876 2326, im Juli 1875 1983, Ende 1874 1897, Ende 1873 1865 betrug. Die meisten Referendare waren: im Departement des Kammergerichts 444, im Departement des Appellationsgerichts 292, im Departement des Appellationsgerichts in Breslau 268, im Departement des Appellationsgerichts in Celle 198, im Departement des ostpreußischen Tribunals in Königsberg 178, im Departement des Appellationsgerichts in Naumburg 139.

* [Die Zeitschrift des statistischen Bureaus.] Vom XVIII. Jahrgange (1878) der Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus ist unlängst das 2. Vierteljahrheft zur Ausgabe gelangt. Dasselbe hat folgenden Inhalt:

Zur Weiterentwicklung des Jahrbuchs der amtlichen Statistik des preußischen Staates (Mit einem Nachtrag) von Dr. Engel. — Der auswärtige Handel Chinas von Gustav Heinz, Volontär des königlich preußischen statistischen Bureaus. — Die Witterungsverhältnisse des Jahres 1877 in Nord- und Mitteleuropa. Nach den Materialien des königlich preußischen meteorologischen Instituts, dargestellt von Dr. Gustav Hellmann. — Der Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit im preußischen Staate während des Jahres 1877. — Das Wachsthum und die Concentration der Bevölkerung des preußischen Staates, von Dr. R. Jannasch. — Die Lebens- und die Feuer-Verhinderung im preußischen Staate und im Deutschen Reich in den Jahren 1875 und 1876, mit Rücksichten auf frühere Jahre, von H. Brämer. — Beiträge zur Statistik des Deutschen Reiches. Inhalt: Produktion und Besteuerung des Bieres im Gebiete der Brauerei-Gemeinschaft des Deutschen Reiches im Jahre 1876 (mit einem Rückblick bis zum Jahre 1872). — Die Deutsche Reichs-Post und Telegraphenverwaltung im Jahre 1876. — Das Erstakgeschäft im Deutschen Reich in den Eisjahren 1875/76 und 1876/77. — Der Grundbesitz des Deutschen Reichs. — Bücheranzeigen.

Osnabrück, 2. Aug. [Erledigung des Bischofsstuhls.] Durch den am 30. v. Mts. erfolgten Tod des Bischofs Johann Heinrich Beckmann ist der biesige bischöfliche Stuhl erledigt. Es hat nun den desfassigen Bestimmungen gemäß sede vacante ein Capitularvicar einzutreten, welchen das Domkapitel zu wählen und die Staatsregierung zu bestätigen hat. Die Erledigung der dahin gehörigen Vorschriften einschließlich des Bestätigungsgeßuches, schreibt man der „K. 3.“, werden keinen Bedenken unterliegen; es fragt sich nur, ob die Regierung den erwählten Capitularvicar ohne Schwierigkeit bestätigen wird. Dies hängt aber wesentlich davon ab, ob die bisherige Haltung desjenigen, dem das Scepter des Kirchenregiments zeitweilig in die Hand gegeben werden soll — und über die Persönlichkeit dürfte kein Zweifel sein — als eine dem § 6, Abs. 2 des Gesetzes vom 22. April 1875 genügende angesehen wird. Denn eine positive, kündige Verpflichtung zur Anerkennung der Maigesetze wird auch hier schwerlich ein Geistlicher abgeben. Könnte die Regierung ohne eine solche bei der in Frage kommenden Persönlichkeit die Bestätigung aussprechen, so würden alle Verwaltungsgeschäfte ihren ruhigen Fortgang nehmen. Andernfalls würden auch hier mannsache Weiterungen entstehen. So hat beispielsweise die bischöfliche Behörde hier noch immer das vom Staate anerkannte Recht der Anstellung der Lehrer an Volksschulen. Kommt die Bestätigung eines Capitularvicars nicht zu Stande, so wird die Anstellungsbefugnis auf eine staatliche Behörde übertragen werden müssen, und es fragt sich, ob solches ohne Weiteres im Verwaltungsweg angängig ist. An sich wäre eine solche Übertragung ganz gewiß nicht vom Uebel, aber es scheint im Plane des Cultusministers gelegen zu haben, damit bis zum Erlaß des in der Vorbereitung begriffenen Unterrichtsgesetzes zu warten. Wie gespannt man hier ist, läßt sich bei solchen Verhältnissen denken.

Deutschreich.

* * Wien, 4. Aug. [Kaiserin Eugenie in Wien.] Was die Gräfin von Pierrefonds nach Wien geführt? Die Blätter conjecturiren, die Reise stehe mit dem Plane einer Verheirathung des Prinzen Louis in Zusammenhang, der ja nun schon ein tüchtiges Stück in seinem 23. Lebensjahr vorgekürt ist, ohne indessen irgend einen näheren Anknüpfungspunkt für diese Mattheirathung anzugeben, bezüglich deren es auf jedem Ariendesaden fehlt. Ich meine, es handelt sich einfach um eine mise en scène der Wittwe Louis Napoleons — jetzt, da einerseits mit den Senatswahlen des Januar 1879 und dann mit dem Ende des Septennats im November 1880 der Augenblick näher und näher rückt, in dem die Bonapartisten einen Handstreich um jeden Preis wagen müssen, wenn sie nicht die September-Republik in Frankreich für alle Zeit sich befestigen sehen wollen. Was die Spanierin treibt und beabsichtigt, darf man noch lange nicht einmal sondieren: sie weiß wohl recht gut, daß dazu kein Moment schlechter geeignet sein könnte, als jener, wo wir eine energische Action im Orient beginnen, bei der wir einziger Fühlung mit Deutschland und auch mit Russland bedürfen. Aber für den Fall, daß die Senatswahlen oder der Wechsel der Präsidenschaft mit der Eventualität der Verfassungs-Revision irgend eine, der Republik ungünstige Chance eröffnen sollten, will Madame Eugenie nicht gänzlich in Vergessenheit gerathen sein. Namentlich ist der Empfang, den sie in Wien findet, darauf berechnet, ihrer Partei in Frankreich ein Refug zu geben. Wie die Imperialisten sich vor acht Jahren nicht schämen zu behaupten, daß Fürst Bismarck an Elsaß und Lothringen gar nicht gedacht haben würde, wenn die Franzosen nur das Empire nicht gestürzt hätten: so speculiren sie jetzt darauf, aus den einfachen Courtlosiebeweisen, die der Dame in Wien zu Theil werden, zu argumentiren, daß Herr Waddington gewiß nicht so mit leeren Händen aus Berlin heimgekehrt wäre, wenn er auf dem Congresse ein Kaiserreich statt einer dynastisch völlig isolirten Republik vertreten hätte. Es steht für mich außer Frage, daß nicht die Auf-

nahme hier an und für sich, sondern deren Rückwirkung auf die Parteien in Frankreich für die Kaiserin die Hauptsahe war, und daß damit auch die Wahl des Zeitpunktes für die Wiener Krise zusammenhängt, weil man einesseits über den Misserfolg Frankreichs auf dem Congresse verstimmt ist und anderntheils bereits sehr ernsthaft die Vorbereitungen für die Erneuerung des ersten Senatsdrittels in Angriff nimmt. Und da läßt sich denn nicht leugnen, daß die Spanierin mehr Glück gehabt hat, als man von Rechts wegen erwarten sollen. Durch seinen ersten Oberhofmeister, den Prinzen Hohenlohe, angeredet, hat der Kaiser persönlich der Dame im Hotel Imperial einen längeren Besuch abgestattet, und als sie sich eben zu dessen Erwiderung rüstete, erhielt sie für heute eine Einladung zur Hostasel in der Burg. Desgleichen sprach Erzherzog Albrecht, mit dem Großbande der Ehrenlegion geschmückt, in dem Hotel vor; und endlich brach auch von Seiten des diplomatischen Corps Prinz Reuß durch eine einladende Visite das Eis. Mehr kann die Spanierin nicht verlangen; schwerlich hat sie auch nur so viel erwartet gehabt. Vergessen, oder doch verziehen, den italienischen und den deutschen Krieg, den das Empire so mutwillig entzündet! Verziehen der Wortbruch gegen Ferdinand, Maximilian, das Trauerspiel von Queretaro und Charlottens Irren! Denkt Madame Eugenie aber wohl noch daran, wie sie im August 1867 zum ersten Male in Salzburg österreichischen Boden betrat und ihr Herr Gemahl, nach dem Rendezvous mit Kaiser Franz Joseph, hochfahrend von Österreich meinte, er könne sich mit keinem Cabover alliiiren! Heute, wo Frankreich zwei Provinzen verloren und unsere Truppen Bosnien mit sammt der Herzegowina besiegeln, steht es anders. Tempora mutantur!

Italien.

Rom. [Zur Biographie des Cardinals Franchi] singen der „K. 3.“ noch folgende Mitteilungen zu:

Alessandro Franchi war der Sohn eines Notars. Dieser hatte, wenn auch ein Mann von mäßigen Mitteln, viel Sinn für Literatur und schöne Künste. Der Sohn auf den dieser Sinn übergegangen war, wurde im römischen Seminar erzogen, wo er durch seine Fassungsstrafe und erfolgreichen Fleiß die Ausmerksamkeit des Rectors Vadini erregt und sich dessen Freundschaft erwarb. Vadini war der persönliche Freund des Cardinals Lambusini, des Staatssekretärs des Papstes Gregor XVI., und nahm Gelegenheit, diesem damals allmächtigen Minister seinen Bölgog zu zuführen. Fakt noch ein Knabe, wurde dieser ausserwählt, am Fest des heiligen Ludwig, des Schutzpatrons des Cardinals, eine lateinische Rede zu halten, die den Staatssekretär so ausnehmend befriedigte, daß derselbe beschloß, den jungen Menschen in seine besondere Obhut zu nehmen. Nachdem Franchi seine theologischen Studien für den geistlichen Stand durchgemacht, errang er 22 Jahre alt, in einer öffentlichen Disputation die Lorbeerkrone und den theologischen Doctorgrad. Bei seinem Eintritt in die geistlichen Orden wurde er sofort als Schreiber im Staatssekretariat der kirchlichen Angelegenheiten verwandt, wo die Beziehungen der Geistlichkeit zum Staat in den fremden Ländern geregelt werden. Alsdann ward er in demselben Departement corrigirender Sekretär, in welcher Stellung er bis zur Thronbesteigung des Papstes Pius IX. blieb, der ihn zum Monsignore und Kammerer erhob. Seine Kenntnis in der kirchlichen Diplomatie verschafften ihm die Stellung eines interimsistischen Geschäftsträgers des heiligen Stuhles am Madrider Hofe, wohin er 1853 gefordert wurde, um die Verhandlungen über das Concordat mit Spanien zu leiten. Durch sein hohes Wesen erwarb er sich dort die Achtung der Königin Isabella und den spanischen Hofe wurde bei dieser Gelegenheit dem neuen Erzbischof kostbare Geschenke zu Theil. Während Franchi am toscanischen Hofe war, empfing er dort den Besuch des Papstes und nahm einen hervorragenden Anteil an der Bekämpfung der Politik Cavour's. Beim Sturz des Großherzogs verließ er seinen Posten in Florenz und wurde in Rom am Berardi's Stelle Staatssekretär für die kirchlichen Angelegenheiten. Im Jahre 1868 wiederum nach Madrid geschickt, und zwar als Nuntius, that er dort sein Bestes, die Agitation gegen die Monarchie aufzuhalten. Als die Königin Isabella von Madrid gestoßen war, machte er sich bemerkbar durch seinen lebhaften Protest gegen die dem Clerus feindliche Politik der spanischen Republik. Wom Papst zurückberufen, half er demselben bei den Vorbereitungen zum ökumenischen Concil. Als 1871 zwischen dem heiligen Stuhl und der Pforte über die Behandlung der armenischen Katholiken ein Streit ausgebrochen war, ging Franchi als außerordentlicher Gesandter zur Beilegung nach Konstantinopel, wo er vom Sultan Abdul Aziz mit großem Glanz empfangen wurde und mit Ali Pasha alles aufs bestje abgemacht hätte, wenn nicht der Großbeamter gestorben wäre, so daß die mit der Pforte verabredeten Pläne nie zur Ausführung gelangt sind. Zum Cardinal 1873 ernannt, nahm er den Titel von der Kirche Santa Maria in Trastevere und 1874 war er an des gestorbenen Cardinals Barnabos Sielle zum Präfekten der Propaganda ernannt, wodurch er in die unter dem Papstium wichtigste Amtsstellung gelangte. Damit wurden ihm zugleich die mit Rom unirten Kirchengemeinschaften im Orient unterstellt. Mit Hilfe seines Sekretärs, des Cardinals Simeoni, brachte er ein neues Leben in das Missionswerk der römisch-katholischen Kirche, indem er sich selbst dem Werke der Propaganda in Binnen-Urtu und in Asien widmete. Ihm verdankt man auch die Wiederherstellung der katholischen Hierarchie in Schottland und die Erhebung des hierarchischen Kardinalen in den Vereinigten Staaten zur Cardinalswürde. Bei der Thronbesteigung Leo's XIII. war Franchi päpstlicher Staatssekretär und seit Februar 1873 ist er mit verschiedenen Plänen beschäftigt gewesen zur Erneuerung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem heiligen Stuhl und den fremden Staaten, mit denen die diplomatische Verbindung aufgehört hatte. Er hat einen modus vivendi zwischen dem Papstium und dem Deutschen Reich angeregt und die Katholiken im Königreich Italien bewogen, sich an den politischen Wahlen wieder zu beteiligen. Während seines langen amtlichen Lebens soll er sich Niemanden zum persönlichen Feinde gemacht haben, und nun er gestorben, hinterläßt er den Ruf eines klugen Diplomaten, eines begeisterten Kirchenmannes und eines durchaus tadellosen Lebenslaufes.

Frankreich.

* Paris, 3. August. [Die antirepublikanische Haltung der französischen Richter. — Zu den Senatswahlen. — Reisen des Arbeitsministers und des Kriegsministers. — Chancery. — Zur Kunst.] Die französischen Richter laufen ersichtlich große Gefahr, für ihre systematische Feindseligkeit gegen die Republik zu büßen. Der Unwill, welchen gewisse Entscheidungen der Gerichtshöfe in der öffentlichen Meinung hervorgerufen haben, und von dem an dieser Stelle schon die Rede gewesen, greift immer weiter um sich. Die republikanischen Blätter haben eine vollständige Campagne ins Werk gesetzt, und die Regierung wird sich schwerlich dem Druck, der auf sie geübt wird, entziehen können. Sie wird etwas thun müssen, um die Richter zu einer unumwundenen Anerkennung der jetzigen Staatsform zu zwingen. Nachdem die Gerichtshöfe sich von de Broglie und de Fourtou in der bekannten Weise haben mißbrachten lassen, können sie sich kaum beklagen, wenn die neue Regierung von ihnen

Garantien verlangt. Die Republikaner sind der Meinung, daß das Prinzip der Unabseßbarkeit der Richter nicht zu Gunsten der Magistratur angerufen werden könne, und die Reactionären fühlen sich in ihrer Vertheidigung der gegenwärtigen Magistratur bedeutend dadurch eingeengt, daß die Restauration und das zweite Kaiserreich mit dieser Unabseßbarkeit der Richter sehr kurzen Prozeß gemacht haben. Sowohl Ludwig XVIII. als Napoleon III. bestätigten nur diesenjenigen Richter in ihrem Amte, welche dem legitimen Königthum resp. dem Kaiserreiche Treue verbiehen. Die Royalisten und Bonapartisten müssen also Ludwig XVIII. und Napoleon III. desavouiren, wenn sie den Republikanern das Recht abstreiten, von den Richtern einen Ergebenheitsact gegenüber der neuen Regierung zu verlangen. Nun könnte man allerdings einwenden, und der „Soleil“ z. B. wendet dies ein, daß, wenn das legitime Königreich und das Kaiserreich ein Unrecht begangen und eine Gewaltthat an der Magistratur verübt haben, dies den Republikanern noch kein Recht gäbe, eben so zu handeln. Aber beginnen jene beiden Monarchen ein Unrecht? Die Republikaner behaupten: Nein, wie denn bekanntlich auch Guizot und Rouher das Vorgehen des Königthums und des Kaiserreichs gebilligt haben, und wie selbst Berryer gegen dasselbe nichts einzubinden fand. „Uns steht steht es zu, bemerkte hente die Gambetta'sche „République“, zu beweisen, daß Ludwig XVIII. und seine Minister bei dieser Gelegenheit nur recht und billig gehandelt haben. Die Unabseßbarkeit ist keineswegs bloss im Interesse der Richter selbst geschaffen worden. Das Richteramt ist keineswegs ein Vortheil, wie er etwa Siegern gewährt wird, damit sie seiner in Ewigkeit geniessen. Die unabsehbaren Richter haben keineswegs ein Recht hoher und niederer Gerichtsbarkeit über das gemeine Volk. Sie bilden keine privilegierte Kaste. Die Unabseßbarkeit ist eine Gewähr, welche die Gewalt den von ihr erwählten Richtern giebt, damit dieselben ihr Amt unabhängig ausüben können, ohne die Laune oder die Rache eines Ministers zu fürchten. Aber es ist einleuchtend, daß der unabsehbare Richter zunächst das Prinzip und die Autorität der Regierung, in deren Namen er Recht spricht, anerkannt haben muß... Die Unabhängigkeit des republikanischen Richters ist eine wertvolle Bürgschaft der Ordnung und Sicherheit unter einem republikanischen Regiment, aber die bonapartistische oder monarchistische Loyalität, den republikanischen Einrichtungen unter der Republik feindlich, wäre eine Ursache der Unordnung und der Anarchie, die man nicht dulden darf.“ So die „République“. Es wird in dieser Angelegenheit jedenfalls noch heiße Debatten geben. — Das republikanische Comité für die Senatswahlen versammelt sich heute wieder bei Herrn Salmon. Die Mitglieder haben schon den Besluß gefaßt, der heute ohne Zweifel seine offizielle Bestätigung finden wird, aus dem einen Comitee deren zwei zu machen, das erste nur aus Senatoren, das zweite nur aus Deputirten bestehend, ganz so wie man nach dem 14. October ein doppeltes Comitee der Mehrheit im Senat und in der Kammer bildete. Die beiden neuen Ausschüsse werden ganz selbstständig operieren, sie werden jedoch zu einem Ausschuss zusammengetreten, wenn irgend ein wichtiger Collectivbeschlüsse zu fassen ist. Ihre erste Lebensäußerung wird wahrscheinlich in der Abfassung eines Manifestes bestehen, welches an alle Senatswähler in den 29 Departementen, die an der allgemeinen Wahl teilnehmen, gerichtet werden soll, d. h. an die Gemeinderäthe, an die Arrondissementsräthe und an die Deputirten. Die Gemeinderäthe sind, wie bekannt, bei der Wahl nur informiert beteiligt, als jeder einen Delegierten zur Abstimmung schickt. Das Manifest soll namenlich auf die sofortige Bildung von Localcomitee's bringen. Diesen Localcomitee's ist eine große Rolle zugeschrieben, ihnen allein fällt die Aufgabe zu, die Candidaten zu bezeichnen. Das Centralcomitee wird sich damit begnügen, diese Candidaten zu unterstützen. — Der Arbeitsminister de Freycinet beabsichtigt in der nächsten Woche eine Reise nach der Normandie zu machen. Er wird die Städte Rouen, Havre, Dieppe, Fécamp besuchen. In Rouen will er die Seineregulirung und einige Canalprojekte, in Havre, Fécamp und Dieppe die Pläne der neuen Hafenanlagen studiren. Die genannten Städte scheinen große Hoffnungen auf diese Reise des Ministers zu gründen. Der Kriegsminister Borel will in nächster Woche die neuen Befestigungen der Ostgrenze, insbesondere die Arbeiten, die man bei Langres, Spinal und Toul ausgeführt hat, inspiciren. — Der General Chanzy, der sich seit 8 Tagen auf seinem Gute Buzancy aufgehalten, will eine Cur in Vichy machen. Man erzählt allerlei mehr oder minder glaubwürdige Geschichten von Chanzy's jüngster Anwesenheit in Paris. So heißt es unter Andern, daß Chanzy sich sofort nach seiner Ankunft ins Ellysé begeben habe, um dem Marschall-Präsidenten seine Entlassung als Gouverneur von Algerien zu überreichen. Er könne den abscheulichen Angriffen der republikanischen Blätter gegenüber sein Amt nicht fortführen. Die Fama sagt hinzu, daß Mac Mahon und General Borel ihn nur mit Mühe dahin gebracht hätten, auf seinen Rücktritt zu verzichten. — Es heißt, daß wir binnen Kurzem ganz neue und wichtige Mittheilungen über die Lebensgeschichte und die Werke von Dyck erhalten werden. Herr Alfred Michiels hat eine Reihe von Manuscripten aufgefunden, welche die genauesten Aufschlüsse über die Familie des berühmten Malers, seiner Freunde, seiner Neffen, seiner Gemälde und Sätze, die chronologische Folge seiner Werke u. s. w. geben sollen. Der Unterrichtsminister Bardoux und der Director der schönen Künste Guillaume haben Herrn Michiels nach Italien und England geschickt, damit er dort auch einige unaufgeklärte Punkte aufhelle. Eine große Zahl von Pariser Künstlern dringt bei der Regierung darauf, daß man die Reste des berühmten Malers David, der bekanntlich in Brüssel in der Verbannung gestorben ist, nach Frankreich zurückbringe. Das Gesuch wird von der Akademie der schönen Künste unterstützt und dürfte also schwerlich unerfüllt bleiben. Das Grabdenkmal Davids im Kirchhofe von St. Endub zu Brüssel trägt die Inschrift: „Jacques Louis David, Wiederhersteller der neuen Malerschule in Frankreich, geboren in Paris am 18. August 1748, gestorben in Brüssel am 29. December 1825.“

Spanien.

Madrid. [Die Ermordung des Generals Prim.] Die von der „Times“ gebrachte Nachricht, daß ein gewisser José Lopez Entführungen über die noch immer in mythisches Dunkel gehüllte Ermordung des Generals Prim zu liefern sich erboten habe, bestätigt sich nicht. Wie die „Pr.“ einem spanischen Blatte entnimmt, hat dieser José Lopez, der gegenwärtig eines anderen Verbrechens halber sich in Händen der Justiz befindet, schon mehrmals durch ähnliche Mandate die Richter irreführen und sein Loos zu erleichtern gesucht, ohne daß nachträglich irgend ein Resultat aus seinen „Entführungen“ sich ergeben hätte. Auch diesmal scheint es wieder nur ein ähnliches Ma-

Sie seien zwar etwas zweideutig, und wenn der edle Lord meinte, daß nachdem er (Lord Carnarvon) mit einer besonderen Politik sich für einverstanden erklärt, er im Moment der Schwierigkeit und Gefahr vor etwas zu rückschreckt sei, wofür er sich mit einem klaren Begriff vor den im Augenblick befindlichen Zielen und Mitteln verbindlich gemacht, so müsse er der Behauptung höflich, aber entschieden widersprechen. So lange er ein Mitglied des Cabinets war, habe er niemals irgend eine besondere Politik befürwortet oder derselben zugestimmt und dann die Verantwortlichkeit für diesen Act gemieden. Ein solches Verhalten würde unwürdig, feig, unehrlich und unten sowohl in That wie im Wort sein.

Lord Beaconsfield erwiebt: „Mylord! Ich glaube, Sie kennen vollständig die Politik des Cabinets während der letzten zwei Jahre. Diese Politik wurde in einer dem Hause des Lords vorgelegten Depesche erläutert, und ich verrathe demnach keine Cabinetsehemnisse, wenn ich auf diese Politik hinweise. Die Regierung Ihrer Majestät lehnte es ab, sich in den Streit zwischen der Türkei und Russland zu mischen, falls nicht britische Interessen gefährdet würden. Der Hauptpunkt dieser Politik war die Nichtveränderung in dem Besitz von Konstantinopel, und Ledermann verstand die damalige Politik, nämlich daß, wenn Konstantinopel in Gefahr sei, britische Interessen als gefährdet betrachtet würden. Sehr bald darauf kamen die Armenen Russlands, ich möchte sagen vor dem Throne Konstantinopel an, und wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, war es damals die Meinung des Cabinets, daß wir unsere Politik verwirken sollen, und das Cabinet beschloß demgemäß zu handeln. Die Reserve wurden, wenn ich nicht irre, erst beträchtliche Zeit nach dem Ausscheiden des edlen Carls aus dem Cabinet einberufen; aber der Act, den wir ausführten, war ein natürlicher Act unserer Politik, es war der Befehl an die Flotte, in die Gewässer von Konstantinopel einzulaufen. Es war unsere Politik, die in der möglichen Begnadigung von Konstantinopel involvieren britischen Interessen zu schützen. Dies war unsere Politik lange Zeit gewesen, und sie war demnach vor dem edlen Carl sanctionirt worden; aber als die Zeit kam, wo wir es für unsere Pflicht hielten, dieselbe zu verwirken, sagte der edle Carl, es sei unvereinbar mit seinen Anschauungen, mit uns zu agieren, und er verließ das Cabinet. Das, glaube ich, ist ganz im Einklang mit der Angabe, die ich neulich machte.“ Damit sandt der Zwischenfall seine Erledigung.

Der Lordkanzler verliest hierauf die nachstehende, von Lord Beauchamp überreichte Erwidderung der Königin auf die ihr überreichte Adresse des Hauses mit Bezug auf die bevorstehende Vermählung des Herzogs v. Connaught: „Ihre loyale und unterthänige Adresse gewährt mir aufrichtiges Vergnügen. Es ist höchst erfreulich für mich, die Versicherung zu erhalten, daß Sie sich meinen Gefühlen in Bezug auf die beabsichtigte Vermählung des Herzogs von Connaught anschließen, und ich hoffe, daß mit Gottes Segen das Ereignis sich als eine weitere Quelle der Glückseligkeit für meine Familie und auch für mein Volk erweisen werde.“

Im weiteren Verlaufe der Sitzung werden verschiedene Vorlagen um ein Stadium gefördert.

Im Unterhause kündigt gleich beim Beginn der Sitzung Mr. C. Ashley an, er werde am 2. d. S. den Schatzkanzler fragen, ob es wahr sei, daß, wie der Konstantinopeler Correspondent des „Standard“ meldet, Sadiot Pascha dem französischen Botschafter in Konstantinopel gesagt haben sollte, England versprach der Türkei, daß es Griechenland nicht gestalten würde, irgend einen Gebietszuwachs zu erlangen, und daß die Türkei ohne diese Sicherung Egipten nicht an England abgetreten haben würde. Er würde sich auch erkundigen, ob das angeblich am 30. Mai im Auswärtigen Amt unterzeichnete geheime Document irgend welche Bezugnahme auf die künftigen Grenzen Griechenlands hätte.

Der Schatzkanzler: Ich glaube es ist am besten, wenn ich die Interpellation sofort beantworte, aber der ehrenwerthe Herr kann sie morgen wiederholen, wenn es ihm beliebt. Es ist nichts Wahres an dem Gerücht, und es ist sicherlich kein Document der Art vorhanden, wie das, auf welches das ehrenwerthe Mitglied anspielt.

Mr. Ashley: Berste ich recht, daß am Nachmittag des 30. Mai ein geheimes Document unterzeichnet worden, oder daß dieses Document keinen Bezug auf die Angelegenheiten Griechenlands hatte?

Der Schatzkanzler: Ich sage nur, daß kein Document mit Bezug auf die Angelegenheiten Griechenlands unterzeichnet wurde.

Der Generalanwalt informiert Mr. Jenkins, es sei seinem Ermessens nach kein Widerspruch zwischen dem Artikel 61 des Berliner Vertrages und der Convention vom 4. Juni vorhanden. Die in der Convention vom 4. Juni vorgesehenen allgemeinen Reformen in der Verwaltung der asiatischen Türkei würden notwendigerweise die in Artikel 61 vorgeschriebenen besonderen Reformen für Armenien in sich schließen. Die Porte würde verpflichtet sein, ihren Reformplan den Mächten zu unterbreiten, die dessen Ausführung überwachen würden. Diese letztere Vorschrift dürfte die Politik Großbritanniens, deren einziger Zweck sei, durch jedes mögliche Mittel die gehörige Ausführung der erforderlichen Reformen zu sichern, nicht beeinträchtigen.

Mr. Jenkins: Der ehrenwerthe Herr hat nicht meine Frage beantwortet, ob das zweite Document das erste nicht aufhebt?

Der Generalanwalt: Ganz entschieden hebt das zweite das erste nicht auf.

Mr. Denison zeigt an, er werde nächsten Montag den Unter-Sstaatssekretär des Auswärtigen fragen, ob der britische Botschafter in St. Petersburg Erlundigungen über die russische militärische Expedition nach dem Süden des Orients eingezogen habe.

Dann wird die seit Dienstag vertagte Debatte über die Resolution des Marquis von Hartington wieder eröffnet durch Mr. Lowe, ehemaliger Schatzkanzler und Minister des Innern im Cabinet Gladstone. Er wird darüber die Frage auf, ob die Regierung wirklich Urfafe habe, mit dem Berliner Vertrag aufzielden zu können. Lord Beaconsfield habe in Abreise gestellt, daß eine Theilung der Türkei stattgefunden, aber es lasse sich nicht leugnen, daß dasjenige Gebiet der Türkei, über welches der Berliner Vertrag eine Verfügung getroffen, unter sieben verschiedenen Mächten verteilt wurde. Mr. Lowe bestreitet, daß es der Regierung gelungen, eine vollständige Autonomie für die südlich vom Balkan gelegene Provinz herzustellen. Was Griechenland anbelange, so bedauerte er als ein Engländer sagen zu müssen, daß dieses Land verloren, was es sonst gewonnen haben würde, wenn es dem Rathe Englands nicht Gehör geschenkt hätte. England betheiligte sich an dem Kongreß mit zwei geheimen Verträgen, einen mit Russland und den andern mit der Türkei. Nun gebe das Gerücht, daß ein dritter geheimer Vertrag existiere. Er hoffe, die Regierung würde die Freundschaft haben zu sagen, ob ein weiterer geheimer Vertrag existiere, und wenn so, wie viele geheime Verträge wirklich vorhanden wären. England ging zu dem Congress mit dem Anschein der absoluten Uneigennützigkeit, um einen Krieg abzuwenden und ein unparteiisches Urtheil über Alles abzugeben, aber in jeder Tasche trug es einen geheimen Vertrag. Dadurch habe es eine große Misshandlung gegen die anderen Mächte befürchtet. Der Redner berichtet sodann die Datumfrage und den Widerspruch zwischen dem englisch-russischen Abkommen und Lord Salisburys Instructionen an Lord Doro Russell, und bemerkt, es komme ihm dies wie ein Versuch vor, um ausfindig zu machen, wie viel Unnachtheiten (safchoods), in eine Seite hineingebracht werden könnten. Der Schatzkanzler protestirt gegen den Ausdruck „Unnachtheiten“. Der Sprecher bemerkt, der Ausdruck sei unparlamentarisch, wenn er sich auf ein Mitglied der Regierung beziehe, und müsse zurückgezogen werden.

Mr. Lowe bestreitet, daß er beobachtigte, den Ausdruck auf die Regierung anzuwenden, zieht ihn aber auf Drängen des Hauses zurück und schreibt zunächst zu einem Angriff gegen die Convention vom 4. Juni. Die Erwerbung von Egipten bezeichnet er als nutzlos. Die Beibehaltung der Insel erhebe die Aufrechterhaltung einer steis lampfberüten Streitmacht. Nebenbei sei die Insel nicht geeignet für den Zweck, dem sie dienen sollte. Sehr scharf kritisirt der Redner das Protectorat über Kleinasien. Es sei lächerlich anzunehmen, daß England die Administration dieses enormen Territoriums reformiren könnte. Er bestreitet, daß Russland die Kleinasientürke begegne. Russland sei zwar stets bereit, sich irgend etwas anzueignen, was es für gut für sich halte; aber kein armes Land erweise sich einem Vortheil, indem es ein noch ärmeres angreife. Mr. Lowe bestreitet auch, daß Indien von Russland angegriffen werden könnte, ausgenommen via Afghanistan, und daß würde von den besten militärischen Autoritäten für unmöglich gehalten. Endlich sagt er, daß die neue Orientpolitik der Regierung ausgeführt wurde, ohne irgend einen Versuch zu machen, die Zustimmung des an sich schon zu hoch besteuerten und in einem Zustande ungemeinlichen Drudes sich befindenden Landes dazu einzuholen. Die Prärogative der Krone sei in diesem Falle von der Regierung gemisbraucht worden. Zum ersten Male in der englischen Geschichte sei von der Regierung eine gänzlich neue Politik ohne vorherige Kenntniß oder Zustimmung des Volkes ausgesetzt worden. Natürlich beweiste Niemand die Befugniß der Königin, Verträge schließen zu können; aber die gegenwärtige Regierung habe die königliche Prärogative in einer Weise ausübt, die dazu angethan sei, das Königthum in Collision mit dem Volke zu bringen. Hoffentlich würde irgend ein Mitglied der Regierung demonstrieren, wie es verständig sei mit den Traditionen des englischen Repräsentativsystems, daß das Parlament des Reichs verbraucht wurde, diesen Gegenstand in den Kreis seiner

Berathungen zu ziehen. Das englische Volk könnte sich unmöglich damit zufrieden geben, die Ausübung der königlichen Prärogative in seiner gegenwärtigen Verfassung zu belassen. (Vanter und lang andauernder Beifall der Opposition.) Die Königin besaß unzweifelhaft das Recht der Begnadigung; sie könnte auch, wenn immer es ihr beliebt, die Insel Wight an Frankreich abtreten; sie besaß auch das Recht, Titel zu verleihen, und sie könnte, wenn sie wollte, jeden Flüchtlings in London zum Grafen machen. (Hört, hört und Gelächter.) Niemand bestreite tatsächlich die Befugniß der Krone mit Bezug auf ein Prärogativ, das als eine der Curiositäten des englischen Gesetzes gelten dürfte, aber die jüngste Ausübung der Prärogative sei ein Gegenstand von erster Bedeutung geworden. Die Regierung habe die königlichen Prärogative in einer solchen Weise ausgesetzt, daß sie dem Parlament den Mund geschlossen.

Lord John Manners vertheidigt in längerer Rede die Politik der Regierung; er glaubt, daß die jüngsten Unterhandlungen keine Störungen der freundlichen Beziehungen Frankreichs und Englands hervergerufen haben. Die Rede Gladstone's werde ihren Zweck vereilt haben, da man in Frankreich wohl wisse, daß derselbe nicht mehr die Gefühle Englands vertrete, sondern einfach das Mündstück einer täglich abnehmenden Minorität sei. Je mehr Gladstone die Minister bekämpfe, desto mehr beleidige er die Nation, welche diese Minister gerade ihrer Politik wegen im Amt belasse. Die Vorrechte der Krone, welche niemals überschritten wurden, seien trotz aller Anfechtungen Gladstone's und Lowe's gesichert. Die Hauptfrage sei, welches unser Politik im östlichen Europa und westlichen Asien sein soll. Hoffentlich werde es keine Politik der Isolirung und des berechnenden Eigennützes, sondern eine Politik sein, welche England aros machen und der asiatischen Türkei die Segnungen der westlichen Civilisation schenken werde.

Mr. Chamberlain hält das Sechs-Millionen-Votum für eine schlechte Capital-Anlage und tadeln die Minister, weil sie die Concessions, welche der Congress Griechenland machen wollte, nach Möglichkeit beschönigt haben. Die anglo-türkische Convention sei ein auf die Nachkommen geschlagener Wechsel; er rate dem Hause, der Abwechslung zu lieb, sich einmal zu versichern, welches die Lebensinteressen Englands seien und wo seine wirkliche Vertheidigungslinie beginne.

Alberman Cotto erklärt, daß die Convention angenommen worden wäre, wenn man sie vorher dem Parlamente vorgelegt hätte, durch die Unterlassung dieses Schrittes sei aber viel böses Blut im Auslande vermieden worden.

Major Nolan glaubt, daß die Regierung beim Congress nicht mehr erreichen könne; für die Convention könne er keine genügenden militärischen Gründe finden, während viell dagegen spreche.

Mr. J. Holmes protestiert aufs Entsehendste gegen die Convention, welche die Nation in endlose Uebel verwickeln würde; ehe solch eine enorme Verantwortlichkeit übernommen werde, müßte nicht allein das Parlament, sondern das ganze Land befragt werden. Er vergleicht den vom Congress zurückschickten Premier mit dem vertrauensduseligen Moses (Bicar von Wakefield), welcher ein Grosz grüner Brillen vom Markt heimbringt.

Mr. Knatchbull-Hugessen besteuert, daß der Friedensvertrag und die Convention in Gemeinschaft berathen wurden; ersterer sei auf einer Reihe von Compromissen errichtet worden; letztere dagegen hätte die englische Diplomatie und Staatsmannschaft erniedrigt und die Constitution des eigenen Landes verletzt. Redner warnt schließlich die conservative Partei vor den Gefahren eines Experiments mit verhänglicher Regierung.

Mr. Balfour vertheidigt die Behandlung Griechenlands. Da die Convention nicht allein der Türkei Gutes, sondern auch Russland Vortheile verspreche, so sei jetzt als Hoffnung aufzugeben, daß die Opposition für dieselbe gewonnen werden könnte. Jedenfalls dürfte keine spätere Administration sich berechtigt halten, ein Engagement zu lösen, welches in durchaus constitutioneller Weise eingegangen wurde. Die Regierung habe einen Triumph erzielt, auf den sie stolz sein könne.

Mr. Laing bemerkt, daß die Notwendigkeit der Convention allein in Betracht zu ziehen sei; er fordert die Regierung heraus, eine Autorität namhaft zu machen, welche ihre Aufgaben der vom Herzog von Wellington, Lord Dalhousie und Lord Lawrence befolgten Politik des gesunden Menschenverstands rechtfertigt.

Nachdem noch mehrere andere Mitglieder gesprochen, wurde auf den Antrag von Lord Echo die Debatte bis morgen verlängert.

In heutiger Sitzung wird die Orientdebatte wahrscheinlich zum Abschluß gelangen, doch dürfte Seitens der Opposition der Versuch gemacht werden, dieselbe bis Dienstag hinzuziehen. Die Regierung rechnet auf eine Mehrheit von 120 bis 130 Stimmen.

[Der Marquis von Salisbury und Mr. Gladstone.] Der Marquis von Salisbury empfing gestern eine Deputation der conservativen Association des sauf. Lancashire und der City von Manchester, welche ihm eine Glückwunsch- und Dank-Adresse überreichten, in Anerkennung seiner Übernahme des Auswärtigen Amtes in kritischer Zeit und der beim Berliner Congress erzielten Erfolge. Die Deputation, unter der sich die Parlamentsmitglieder Starkie, W. Egerton und Spinks befanden, wurde von dem conservativen Vertreter Manchesters Mr. H. Birley dem Minister vorgestellt.

Nach Verlesung der Adresse, sprach der Marquis seinen Dank aus für diese Anerkennung der Bemühungen der britischen Bevölkerung.

„Die vollbrachte Arbeit“, äußerte sich der edle Marquis, „hat eine eingebende Kritik nicht zu fürchten. Die Congres-Protokolle, welche das Oberhaus keiner Kritik unterzogen hat, sind im Unterhause in feindseligster und bitterster Weise angegriffen worden. Es ist mir nicht möglich, auf Einzelheiten einzugehen, allein ich kann nicht umhin, zu bemerken, daß man uns den Vorwurf gemacht hat, unsere Stimmen immer nur zu Gunsten der Unterordnung erhoben zu haben. Wäre dies der Fall gesessen, so würde ich in diesem Augenblicke wohl nicht die Vertreter der aufgelläufigen Grafschaft bei mir stehen. Auf was sich die angegebene Anklage stützt, ist mir nicht bekannt, allein ich denke, daß es leicht ist, sich zu überzeugen, auf welcher Seite die britischen Bevollmächtigten gestanden. Eines der Hauptresultate des Berliner Congresses ist, daß ein Territorium von der Größe Irlands Russland entzogen wurde; der hervorragende Staatsmann, welcher Amtszeit dieser Thatsache von einer Begünstigung der Unterordnung und Feindseligkeit gegen die Freiheit reden konnte, muß einige der augenfälligen Thatsachen der Geschichte unserer Zeit vergessen haben. Wer die vollbrachte Arbeit eingehend untersucht, wird sich überzeugen, daß wir die Glaubensfreiheit aller Gebentnisse und Klassen, nicht allein in der Türkei, sondern auch in den bestreiten Principalitäten, in einer Weise geschützt haben, wie dies nie vorher der Fall gewesen ist. Noch einen anderen Punkt möchte ich hier berühren. Der bereits erwähnte Staatsmann (Gladstone) wünscht ohne Zweifel, daß England zu den anderen Mächten in guten Beziehungen stehe und daß die brit. Völker, die von der britischen Regierung abgegebenen Erklärungen in freudlicher und wohlmoster Weise aufnehmen. Wenn aber Herr Gladstone gewünscht hätte, Frankreichs Regierung und Volk gegen England aufzutreten, so würde er es kaum besser haben bewerstelligen können; glücklicher Weise sind seine bitteren Worte und die Aussichtung gewisser Erinnerungen an die Vergangenheit ohne ein Echo und unzureichende Beziehungen zu Frankreich die allerfeindlichsten geblieben. Bezuglich der auswärtigen Politik Englands haben sich in den letzten Jahren zweierlei Gedankenströmungen gestellt. Die eine Schule verwarf und fürchtet jede Ausdehnung des Einflusses und der Macht Englands; sie kennt keine Begeisterung für die Erfolge der Vergangenheit. Die Aussicht auf eine Wiederholung derselben durch die gegenwärtige Regierung erfüllt sie nur mit der Furcht vor neuen Ausgaben und großem Risiko; das Gefühl der Freude über eine Ausdehnung der civilisatorischen Aufgabe Englands ist ihr unbekannt. Diese Schule, welche jede Ausdehnung des Einflusses und der Macht Englands verwarf, hatte während der jüngsten Jahre in der Regierung einen Einfluß, zu welchem sie die Sympathien des Volkes entschieden nicht berechtigte. Die Massen des englischen Volkes hält noch immer an den alten Freuden und Traditionen fest, welche dem Land seine vorherrschende Stellung geschafft haben. Menschen, wie Nationen dürfen nicht still

lungen einzufüßen schienen. Tags darauf trafen einige Deputierte, darunter als Erzfanatiker bekannte Feim Essendi aus Banjaluka und der Vogt Buschali aus Livno, zu der von Major Pascha einberufenen Provinzialvertretung hier ein. Am 21. Juli pflanzte der berüchtigte Hadzhi Loja die Werbungsbäume für die Vojsci-Bouys auf, welche den einrückenden österreichischen Truppen entgegenziehen sollten. Weder die Fahne noch die Einschreibungen in der Wölfe machten irgendwelche Wirkungen. Nichtdestoweniger ließ Hafiz Pascha die Feldgeschütze in die sogenannte Festung vor den Böbel in Sicherheit bringen. Thatsächlich bestehet hier die Regierung kaum mehr dem Namen nach. Die Steuereingänge haben aufgehört, die Gerichte halten keine Amtsstunden und die Verwaltung steht gänzlich still. Major Pascha beschäftigt sich ausschließlich mit den Sitzungen des Volksausschusses, der ihm und dem Militär-Commandanten Hafiz Pascha große Durch einflusslosen scheint. Nichtdestoweniger hat die ganze Bewegung das Aussehen, als ob sie künftlich hervorrufen und ohne reelle Tragweite sei. Vieles deutet darauf hin, daß die ganze Agitation ein auf Einschüchterung berechnetes Manöver sei. Anders läßt sich der Besuch nicht interpretieren, welchen der Chef der politischen Correspondenz des Balı, Horgali Essendi, dem österreichischen General-Consul von Bosnien am 22. Juli machte, um ihm im Namen des Balı eine Menge beunruhigender Nachrichten mitzuteilen.

Herr von Bosnien ließ dem Balı sagen, daß er in allem dem noch immer keine wirkliche Gefahr erblicke und der Balı sich noch einige Tage gedulden möge, da nach dem Einrücken der österreichischen Truppen die wünschenswerten Maßregeln für die öffentliche Ruhe ergripen werden sollen.

Unzweifelhaft ist es, daß die Haltung der Landesbehörden eine zweideutige ist und einige Agitateure freies Spiel um, um hier wie aus dem flachen Lande ihr Unwesen zu treiben. Schließlich wird sich der allgemeine Unwillen dennoch gegen die Pforte lehnen, welche nichts zur Beruhigung des Landes thut, sondern im Gegenteil forschert, sich in geheimnisvolles Schweigen zu hüllen. Der Balı wurde in den letzten Tagen vom Volksausschuß wiederholt um Einholung bestimmter Instructionen von den Pforten gebeten, um zu wissen, wie man sich gegenüber den einrückenden österreichischen Truppen zu verhalten habe. Major Pascha telegraphirte in der That in diesem Sinne an den Minister des Innern in Konstantinopel und erhielt hierauf folgende Instruction: "Wenn die Pforte sich bisher enthalten hat, Instructionen nach Serajewo zu erlassen, so lag der Grund darin, daß sie wegen der Occupation mit Österreich-Ungarn unterhandelte, bis heute aber noch kein befriedigendes Resultat erzielte. Österreich unterstellt auf vollständiger Occupation und Uebernahme der Verwaltung, während die Pforte leichtere ganz in eigenen Händen behalten, und die Occupation nur auf die Grenzbezirke beschränkt wissen will. Der Balı möge daher die Bevölkerung gütlich beruhigen. Nach erzieltem Einverständniß würden detaillierte Instructionen erschließen."

Diese Mittheilungen der Pforte wurden dem Volksausschuß gestern eröffnet, ohne daß letzterer sich mit dieser ausweichenden Sprache zufrieden zeigte. Viele verlangten Waffen und Munition, wurden jedoch von Hafiz Pascha mit ihrem Begehr abgewiesen.

Bei einer Versprechung, welche General-Consul von Bosnien gestern Abends mit Major und Hafiz Pascha hatte, fragte Ersterer, wie es komme, daß die österreichischen Truppen noch während der mit der Pforte schweden den Verhandlungen in Bosnien einsäßen sollen. Herr von Bosnien erwiderte, daß die kaiserliche Regierung vor ganz Europa die Pflicht übernommen habe, den auf die Besetzung von Bosnien lautenden Conferenzbeschlüsse vollständig und zweckmäßig durchzuführen. Sie habe dazu alle Vorkehrungen getroffen und der Pforte alle mit der Errichtung des Occupations-Suedes vereinbarlichen Zugeständnisse gemacht. Die Pforte brachte zwar die Verhandlungen nicht ab, stelle aber fortwährend Forderungen, welche der Natur der Sach nach nicht gemahrt werden können. Die Aufstellung der österreichischen Armee sei inzwischen vollendet, die Jahreszeit rücke vor und in zwei Monaten trete in vielen Gegenden Bosniens der Winter ein. Bis dahin müssen aber das ganze Land occupirt, pacifizirt und die Flüchtlinge untergebracht sein. Der militärische Gesichtspunkt gestattet es nicht, zu warten, bis es in Konstantinopel gefällig sein werde, die Occupation zu willigen und somit sei der Einmarsch der österreichischen Truppen ohne Rücksicht auf das Stadium der Verhandlungen mit der Pforte zu erwarten. Die beiden Pforten-Dignitäten beilebten sich, die Richtigkeit der vom österreichisch-ungarischen General-Consul vorgebrachten Argumente anzuerkennen, und gaben zu, daß der Großbezirk und der Ministerialrat in Konstantinopel bei ihrer in den Verhandlungen mit Österreich-Ungarn an Tage trenden temporisierenden Haltung gewissen Einflüssen unterliegen, die erst dann weichen werden, wenn die österreichische Occupation eine vollendete Thatsache sein werde.

Provinzial-Beitung.

Grünberg, 4. August. [Das 300jährige Schützen-Jubiläum.] Das rebenumkränzte Grünberg hat sich in festlichen Staat geworfen, um das langersehnte Jubelfest zu feiern. Wie sich ringsum die Stadt Weinstock zum Weinstock zum grünen Kranze windet, so ziehen sich durch die Straßen Kränze an Kränze, Girlanden an Girlanden, so daß die Stadt, deren meiste Häuser schon im Grünen liegen, fast einem Garten gleicht. Dazwischen wehen die Fahnen und Flaggen; die ganze Bevölkerung bewegt sich in feierlicher Aufregung. Hat die hiesige Gilde auch keine bedeutende historische Vergangenheit, so gehörten ihr doch stets die besten Bürger der Stadt an. Die Gilde besteht schon länger als 300 Jahre, urkundlich wird sie erster 1578 erwähnt. Ihre Schießstände hat sie öfters gewechselt, ebenso ihr Schützenhaus, das früher eng und dürrig genug nur 2 Zimmer enthalten hat. 1805 wurde das jetzige Schießhaus erbaut, in dessen renovirten Räumen und auf dessen erweitertem Scheibenstand das Jubelfest stattfindet. Die Mitglieder der Gilde haben sich seit mehreren Wochen unermäßlichs thätig gezeigt, das Fest würdig zu feiern. Nur gilt es die Männer für die Arbeit zu ernennen, und der heutige erste Festtag findet Alles in bester Ordnung. Die Empfangskommission hat heute ihre schwere Arbeit, da die ersten Gäste schon mit dem Zubrude ankommen. Auf dem Bahnhofe bewillkommt, ziehen die Gilde mit Musibegleitung zur Stadt, an deren Eingang eine besonders stattliche Ehrengilde ihnen ein Willkommen zuruft. Die Ressource mit ihrem hübschen Garten ist das vorläufige Standquartier, dort werden die Gäste offiziell von der hiesigen Gilde begrüßt, die Fahnen werden abgegeben und die Quartierhalle verteilt. So zog denn Gilde auf Gilde unter Musibegleitung nach der Ressource, um um 3 Uhr sämliche Gäste einzutreffen waren. Dort gruppirt sich nun der Festzug, um in wohl geordneten Bügen zunächst nach dem Rathause zu marschiren, wo Herr Bürgermeister Lamprecht mit den Götzen im Namen der Stadt in beredeten Worten ein Willkommen zurief. Den imposantesten Festzug, der ein farbenprächtiges, abwechselndes Bild bot, eröffneten die Beiger in ihren scharlachroten Costümen, dann kam das vollständige Musikkorps des 59. Infanterie-Regiments, die Ehrengäste, die königl. und städtischen Behörden. Den nun folgenden Gilde gingen Abtheilungen historisch gekleideter Schützen voran, die die wesentlichen Uniformirungsepochen der hiesigen Gilde im Laufe der Jahrhunderte zur Ansiedlung brachten. Die Reihe der Gilde wechselten in bunter Mannigfaltigkeit der Uniformen; es fehlten nicht die charakteristischen Schützenmajore mit wallendem Federbusche, mit Schleppstäbel; hoch zu Ross ritten die Lieutenanten, dann waren auch zahlreich die neuen Uniformen, die graue Juppe mit Filzhut vertreten. Vor jeder Gilde gingen schmud geleinete Pagen mit Baret und im Pagenstoff, welche den Namen der betreffenden Gilde trugen; dann folgten die Fahnen, die in ihrer Farbenpracht vor Alem den Zug zierten. Es waren vertreten Breslau mit 27, Bünzlau 8, Christianstadt 15, Crotzen 19, Glogau 62, Görlitz 17, Hirschberg 6, Hainau 5, Jauer 5, Liegnitz 17, Lüben 18, Löwenberg 1, Münsterberg 3, Neumarkt 8, Neulitz 30, Saar 5, Sagan 11, Schwiebus 68, Sommerfeld 32, Sorau 13, Spittelau 4, Striegau 1, Schweidnitz 16, Unruhstadt 27, Wohlau 10, Züllichau 41, im Ganen 491 fremde Schützen, während die Grünberger Gilde, 151 Mitglieder stark, den Schlus bildete. Der ganze Zug entzogte mit einer hübischen Allegorie des Grünberger Weinbaues, indem auf einem mit 4 Pferden gezogenen Wagen Gott Bacchus auf einem einen mächtigen Fassrone, das von mehreren Reihen Weinböden umgeben war. Der Festzug nahm seinen Weg nach dem Schützenhause. Dort wurde nach Abnahme der Fahnen dem von der Stadt gespendeten Ehrentrunke eigens gebrautenes Weines läufig zugesprochen, und fand man allseitig, daß dieser gut und besser, wie sein Ruf sei. Auf dem weiten Platz vor dem Schießhaus, der mit Böten und Buden bedeckt war, wogte eine zahlreiche Menschenmenge auf und ab, während die Militärtarife und die hiesige Stadtmusik eifrig concertirten. Ein Gewitterregen störte die allgemeine Freude wenig, wurde sogar der Ablösung wegen mit Freuden begrüßt. Morgen in aller Frühe beginnt das Feiern, zu dem zahlreiche Preise ausgesetzt sind. Der heutige Abend gehört den Damen, denen zu Ehren im Schießhausaal ein Festball stattfindet.

L. Liegnitz, 4. Aug. [Reichstagswahl.] — Kriegsverein. — Gewerbe-Ausstellung. — Selbstmord. Bei der Reichstagswahl im Liegnitz-Goldberg-Hainauer Wahlkreis haben von 27,500 Wahlberechtigten 19,000 gestimmt, d. i. 69% p.C., gegen 46 p.C. bei der vorigen Reichstags-

wahl. Hierbott erhielt der Kandidat der liberalen Partei, Kreisgerichts-Director Werner 10,030 = 52% p.C., der Kandidat der Conservativen, Regierungs-Präsident von Beditz, 8048 = 42% p.C., der Kandidat der Socialisten, Photograph Reinhard, 463 = 2% p.C. und der Kandidat der Clericalen, Rittergutsbesitzer Walter auf Lentau, 463 Stimmen = 2% p.C. 44 Stimmen waren ungültig und 6 zerplittet. Bei der Reichstagswahl am 10. Januar 1877 waren in unserem Wahlkreis 12,615 Stimmen abgegeben worden und zwar für Duoos (liberal) 7099 = 56% p.C., für v. Ruffer (conservativ) 3412 = 27% p.C., Reinhard (social) 1602 = 12% p.C., Walter (clerical) 496 = 2% p.C. — Die Episode im Kriegerverein dürfte doch noch zu einem unangenehmen Nachspiel führen. Der Vorsteher des Vereins, Major v. Thümen, hatte verschiedene Vereins-Zusammenkünfte benutzt, um für die Wahl des conservativen Kandidaten zu wirken. Ein Vereinsmitglied hatte gegen dies Vorgehen protestiert und erklärt, daß falls Herr v. Thümen sich das Recht neime, im Vereine nach der einen Seite hin zu agieren, er sich das gleiche Recht nach anderer Seite hin vorbehalte. Nach einer Versammlung, in welcher der Vorsteher mit den bekannten Schlagwörtern gegen den Liberalismus herzog und ein conservatives Flugblatt vertheilte, verlor das zu. Mitglied, Hausherr Rosemann, nachdem ihm das Wort zur Vertheidigung der liberalen Partei nicht verstatthet worden, im Vorfaß des Versammlungs-Locales ein liberaler Flugblatt und Wahlzettel für den liberalen Kandidaten, Gerichtsdirector Werner, auszugeben. Major v. Thümen, darauf aufmerksam gemacht, verweist ihn sofort aus dem Locale und erklärte ihm der Mitgliedschaft für verlustig. — Herr Major v. Thümen vertheidigt im heutigen Stadtblatte sich damit, daß er dem Aufruhr des Vorstandes des deutschen Kriegerbundes, nur für Männer zu stimmen, deren Liebe zu Thron und Vaterland leidet, Folge leistet, den Wunsch und die Worte ausgesprochen habe, am Wahltage für den conservativen Wahlkandidaten zu stimmen, daß das Vorgehen gegen z. Rosemann nicht wegen seiner liberalen Gesinnung, sondern wegen des Versuchs, die Autorität des Vorstandes zu untergraben, erfolgt sei. — Nun ist aber Herr Kriegergerichts-Director Werner, gegen dessen Kandidatur Herr Major v. Thümen jolte Thätigkeit entwölft, Hauptmann im hiesigen Landwehr-Bataillon, zu dem eine große Anzahl von Mitgliedern des Kriegervereins im Subordinationsverhältnis steht, Ehrenmitglied dieses Vereins, Ritter des Eisernen Kreuzes, des Roten Adlerordens mit Schwertern, der Landwehr-Dienstauszeichnung 1. Kl. u. s. w. Trotzdem hält ihm Major von Thümen nicht für einen Mann, dessen Liebe zu Thron und Vaterland steht. Daß die Mitglieder des Kriegervereins die Autorität des Vorstandes gebührend anerkennen, hält Herr v. Thümen für hochwichtig; daß aber auch die Landwehrmänner die Autorität ihres Compagnie-Chefs anerkennen, scheint demselben weniger bedeutungsvoll zu sein. Die ganze Angelegenheit ist dem Bezirks-Commando zur Untersuchung angezeigt worden. Selbstverständlich hat auch Herr Werner für die Ehrenmitgliedschaft des Krieger-Vereins gedankt. Unter den Vereinsmitgliedern hat der Vorgang große Erregung herverufen und es steht, wenn das Präsidium keine Aenderung erfährt, eine Spaltung des Vereins bevor. Sind dergleichen Handlungen conservativ oder destruktiv? — Es bestehen hier zwei ganz gleiche Tendenzen huldigende Vereine, der technische und der Gewerbe-Verein. Letzterer veranstaltet im September d. J. eine Gewerbe-Ausstellung, bei welcher sämliche Gewerbetreibende der Stadt, gleichviel ob sie Mitglieder des Vereins sind oder nicht, unter ganz gleichen Theil nehmen können. In das Ausstellungs-Comite sind auch Mitglieder des technischen Vereins berufen worden. Trotzdem erläßt jetzt der Vorstand dieses Vereins in liebenswürdiger Collegialität an die Mitglieder ein gedrucktes Circulaire, in welchem mitgeteilt wird, daß der technische Verein im nächsten Jahre eine Ausstellung veranstalten und deshalb gleichsam vor Verhinderung an der diesjährigen gewarnt wird. Es ist also dem Vorstand des technischen Vereins nicht darum zu thun, daß überhaupt in Liegnitz eine Gewerbe-Ausstellung stattfindet, sondern hauptsächlich darum, daß die Anregung dazu von ihm ausgeht. — Gestern wurde unweit Waldau ein schon stark in Verwesung übergegangener männlicher Leichnam gefunden und in demselben der seit einiger Zeit vermisste Soldat Karlschmer von hier erkannt. — Gestern verlor die hiesige Schneidermeister-Wandel, durch schlechte Verhältnisse dazu veranlaßt, sich durch eine Schnittwunde am Halse des Lebens zu nehmen. Er wurde jedoch am Leben erhalten und in das städtische Hospital aufgenommen.

O. Reichenbach i. Sch., 4. Aug. [Wahlresultat.] — Ein friedliches Bild aus dem Wahlkampfe. — Militärisches. — Fahnenfeier. — Aufgefunde Leiche. — Feuer.] Das gestern unter Vorsteher des Wahlcommisariats des Königl. Landrats Olearius, hier im Gasthof „zum Löwen“ festgestellte Wahlresultat, weicht unbedeutend von dem bereits gemeldeten ab. Von 16,729 abgegebenen Stimmen waren 41 ungültig, 16 zerplittet; Minister Friedenthal erhält 8419, Fabrikant Franck 5361 und Kapell 2892. — In der Zeit des Wahlkampfes, der Wahlbevölkerungen vor, bot sich auf dem Vorplatz eines diesjährigen Wahllokals ein recht fröhliches Bild vor. Drei, von den verschiedenen Parteien zum Vortheilen der Wahlzettel gebildete, vor der Thür des betreffenden Wahllokals postierte Männer hatten, als der Wahlkampf sie bereits er müdigt hatte, einen Compromiß geschlossen, und zwar derartig, daß, im Vertrauen auf die Selbstständigkeit der Wähler, einer gleichzeitig die Zettel aller drei Kandidaten vertheilte, während die andern beiden, allen Wahlzetteln vergleichend, sich gemeinschaftlich von des Tages Last und Höhe erholteten. Als Vertrauensmann der Liberalen, Conservativen, Ultramontanen und Socialem zu fungieren, ist also nichts Unmögliches. — Den 8. d. M. rückt unser Bataillon in die Gegend von Schweidnitz-Freiburg, wo es mit den beiden ersten Bataillonen des 38. Regiments und mit dem 3. Bataillon des 1. Schles. Grenadier-Regiments Nr. 10 manövriren und bivouaieren wird. Den 10. lehrt es hierher zurück. Den 14. rückt es zum Regimentsexercire nach Schweidnitz, von da zum Brigade-Exercire nach Breslau, von wo es wieder hierher, wenigstens in unsern Kreis zurückkehrt, um an den zwischen hier und Jordansmühl stattfindenden Manövren der 21. Brigade und später an den der 11. Division teilzunehmen. — Durch Schauturnen, Concert und Ball werden die Turnvereine Reichenbach, Ernsdorf und Peterswaldau am 11. August den 100jährigen Geburtstag Friedrich Ludwig Jahn's im Saale und Garten „zur Sonne“ hier feierlich begieben. Vorher findet ein Festzug durch die Stadt statt. — Gestern früh fand man im Moiselsfelde vor dem Frankensteiner Thore die Leiche des Oberlehrers Kunzendorf. Obgleich schon seit längerer Zeit geistig krank war, infolge dessen er auch seine Lehrthätigkeit an hiesiger König-Wilhelmschule aufgeben mußte, scheint doch weniger ein Selbstmord, als vielmehr ein Unglücksfall vorzuliegen. Man vermutet, daß K. Abends vorher den an dem Leiche vorbeiführenden Communicationsweg passirt sei und im Dunkeln die wenigen geschätzten Uferüberschritte habe und so in den Leich gestürzt sei. Aus dem Sumpf herauszuholmen, mag ihm nicht gelungen sein. Für diese Unthukschau spricht die Lage der Leiche, sowie der Umstand, daß man in der Nähe der Unglücksstätte Hilferufe gehörte haben will. — Am Wahltage Nachmittags 6 Uhr brannte in Ober-Weilau auf dem Schmelzhofe eine dem Grafen Perponcher-Sedlnitzky gehörige Scheuer nieder.

* Frankenstein, 4. Aug. [Verurtheilung wegen Majestätsbeleidigung.] — Zur Wahl! Am Donnerstage kam vor dem hiesigen Kreisgericht der vierte Fall von Majestätsbeleidigung zur öffentlichen Verhandlung. Auf der Anklagebank erschien der Lehrers Großher aus Eichau bei Wartha. Derfelbe befand sich am Tage nach dem ersten Attentat in Neulitz bei Wartha in Gesellschaft des Lehrers Hoffmann im Concert. Die Unterhaltung der beiden Collegen kam natürlich bald auf das Attentat, wobei zugleich das konfessionelle Gebiet berührte. Beide Lehrer sind vor dem hiesigen Kreisgericht gebildet, vor der Thür des betreffenden Wahllokals postierte Männer hatten, als der Wahlkampf sie bereits er müdigt hatte, einen Compromiß geschlossen, und zwar derartig, daß, im Vertrauen auf die Selbstständigkeit der Wähler, einer gleichzeitig die Zettel aller drei Kandidaten vertheilte, während die andern beiden, allen Wahlzetteln vergleichend, sich gemeinschaftlich von des Tages Last und Höhe erholteten. Als Vertrauensmann der Liberalen, Conservativen, Ultramontanen und Socialem zu fungieren, ist also nichts Unmögliches. — Den 8. d. M. rückt unser Bataillon in die Gegend von Schweidnitz-Freiburg, wo es mit den beiden ersten Bataillonen des 38. Regiments und mit dem 3. Bataillon des 1. Schles. Grenadier-Regiments Nr. 10 manövriren und bivouaieren wird. Den 10. lehrt es hierher zurück. Den 14. rückt es zum Regimentsexercire nach Schweidnitz, von da zum Brigade-Exercire nach Breslau, von wo es wieder hierher, wenigstens in unsern Kreis zurückkehrt, um an den zwischen hier und Jordansmühl stattfindenden Manövren der 21. Brigade und später an den der 11. Division teilzunehmen. — Durch Schauturnen, Concert und Ball werden die Turnvereine Reichenbach, Ernsdorf und Peterswaldau am 11. August den 100jährigen Geburtstag Friedrich Ludwig Jahn's im Saale und Garten „zur Sonne“ hier feierlich begieben. Vorher findet ein Festzug durch die Stadt statt. — Gestern früh fand man im Moiselsfelde vor dem Frankensteiner Thore die Leiche des Oberlehrers Kunzendorf. Obgleich schon seit längerer Zeit geistig krank war, infolge dessen er auch seine Lehrthätigkeit an hiesiger König-Wilhelmschule aufgeben mußte, scheint doch weniger ein Selbstmord, als vielmehr ein Unglücksfall vorzuliegen. Man vermutet, daß K. Abends vorher den an dem Leiche vorbeiführenden Communicationsweg passirt sei und im Dunkeln die wenigen geschätzten Uferüberschritte habe und so in den Leich gestürzt sei. Aus dem Sumpf herauszuholmen, mag ihm nicht gelungen sein. Für diese Unthukschau spricht die Lage der Leiche, sowie der Umstand, daß man in der Nähe der Unglücksstätte Hilferufe gehörte haben will. — Am Wahltage Nachmittags 6 Uhr brannte in Ober-Weilau auf dem Schmelzhofe eine dem Grafen Perponcher-Sedlnitzky gehörige Scheuer nieder.

hat der von dem Wahlkreise Frankenstein-Münsterberg zum Reichstag-Abgeordneten gewählte Graf Thamare 6986 Stimmen erhalten. Der Kandidat der Reichstreuen erhält 4875 Stimmen. Das Comite der letzteren kann man von dem Vorwurf nicht freisprechen, hier am Ort in der Agitation unberantwortlich lau gewesen zu sein. Abgelehnt davon, daß hier keine einzige Wahlversammlung ins Werk gesetzt wurde, kam auch der erlassene Wahlaufruf erst einige Tage vor der Wahl in den Besitz einiger Inhaber von östlichen Localen. Der zehnte Wähler erlangte darüber erst Kenntnis und ein großer Theil von Wählern der unteren Kategorien erfuhr erst ganz spät und zufällig den Namen des reichstreuen Kandidaten. Außer einer einzigen Persönlichkeit hat sich eigentlich vorher Niemand hier um die ganze Wahl bekümmert. Ein Theil von Denen, die das Geng dazu hätten, in den Vorgerund zu treten, ist abhängig in seinen Verhältnissen, ein anderer großer Theil aber unbeschrieblich gleichgültig. Es ist deshalb noch viel genug, daß der Gegner des gewählten Abgeordneten so viele Stimmen erhalten hat. Wahlzettel fehlten massenhaft.

A. Leobschütz, 4. August. [Kreis-Communalbeiträge. — Beurlaubung des Landrats. — Hebamme. — Extrakt. — Action-Zuckerfabrik Bauerwitz. — Fleischschau. — Männer-Gesang-Verein. — Zur Wahl.] Die Kreis-Communalbeiträge der hiesigen Stadt sind für das erste Semester des laufenden Rechnungs-Jahres auf 1330 M. 9 Pi. festgesetzt worden, so daß hier nach auf je eine Mark der direkten halbjährigen Steuern 4% Pi. entfallen. — Dem Landrat Bischoff ist zu einer Badereise ein sechswöchentlicher Urlaub erteilt, den derselbe am 3. d. M. anzutreten gedenkt. Die Vertretung während dieser Zeit ist dem Kreisdeputirten, Rittergutsbesitzer Schmidt in Pöhlitz übertragen. — Die Zahl derjenigen Personen, welche für bestimmte Hebammen-Bezirke zur Erlernung der Hebammenkunst von den Gemeinden präsentiert werden, nimmt von Jahr zu Jahr ab, während die Zahl der später frei praktizierenden Hebammen entschieden zunimmt. Mit Rücksicht auf die östlichen Hebammen-Bezirke liegt daher auch, wie das Königl. Landrats-Amt bekannt macht, für den diesjährigen Kreis die Bevölkerung nahe, daß binnen nicht zu langer Zeit die ärmeren Orte die Hebammen entbehren und so gezwungen sein werden, die niederkommenden Frauen den Händen von Pfuscherinnen anzubetrauen. Im Hinblick auf die hierfür benötigten Hebammen entstehenden Gefahren und das unausbleibliche Umgreifen der Pfuscherinnen werden die Gemeinden gut thun, künftig nur solche Personen zur Erlernung der Hebammenkunst vorzuschlagen, welche für einen bestimmten Bezirk präsentiert werden. Am 11. d. M. wird die Bahnverwaltung des Oberschlesischen Eisenbahns von einer Extra-Zug über Zägerndorf, Troppau, Freudenthal, Groß-Nassen und Olmütz unter Bemühung von ermächtigten Fahrpreisen von 50% ablassen. Die Abfahrt erfolgt früh 6 Uhr, die Rückfahrt um 10 Uhr. — In der General-Verfassung der Action-Zuckerfabrik Bauerwitz vom 17. September 1877 wurde beschlossen, das Grundstück der Gesellschaft von 900,000 Mark durch Castanion von 300 Stück nicht emittierter Aktien auf 720,000 Mark herabzusezen. Jetzt werden die Gläubiger der Gesellschaft aufgesondert, sich zu melden. — Nach Einführung der obligatorischen Fleischschau für die ganze Provinz Schlesien wurden zu Fleischschauern für den hiesigen Stadtbezirk der Apotheker Frank und Thierarzt Lehner in Aussicht genommen und steht deren Verpflichtung binnen Kurzem bevor. — Am 2. d. M. beginnt der hiesige Männergesangverein sein Stiftungsfest durch einen Aufzug nach dem nahe belegenen Gröbing, wo nach einem Concert auf der Rampe vor dem ehemaligen Schloß in dem Saale ein Tanzchen stattfindet. Die Bevölkerung war eine mäßige, das Fest wiederholt verschoben werden müssen. — Nach dem gestrigen Defizit des Wahlergebnisses hat Graf Nayhaus 6512, der Gegencandidat Landrat Bischoff 3532 Stimmen erhalten.

a. Gleiwitz, 4. Aug. [Kaiserliches Dankschreiben.] Frau Lehrer Lindner hierzulb hat vor einigen Wochen einen Krug künstlicher Blumen, Lebren, Kornblumen und Rosen höchst geschmacklich angefertigt und mit einer Widmung für Se. Majestät den Kaiser an Ihre Majestät die Kaiserin und Königin übertragen. Diese Tage ging aus dem Cabinet Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin an die Absenderin ein Dankesbrief folgender Inhalts ein: Ihre Majestät die Kaiserin und Königin lassen Euer Wohlgeboren für den Ausdruck der treuen Theilnahme in der Adresse vom 15. d. verbindlich danken. Von Mohl, Cabinets-Sekretär Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin.

